

# Von Vorsicht und Verunsicherung

UMFRAGE Wie verändert Corona das eigene Leben? / „Es ist alles so beängstigend“

VON HOLGER RINNE

Harpstedt – Wer hätte vor vier Wochen daran geglaubt, dass die Anzahl der Menschen, die sich bundesweit täglich mit dem Coronavirus anstecken, bei über 11 000 liegen würde? Inzwischen hat im Kreis Oldenburg die Inzidenz den kritischen Wert von 50 Neuinfektionen auf 100 000 Einwohner binnen sieben Tagen weit überschritten, was eine Verschärfung der Infektionsschutzmaßnahmen in diesem „Risikogebiet“ erklärt. Wie reagieren die Menschen in der Samtgemeinde Harpstedt auf diese Entwicklung? Welchen Einfluss haben Vorgaben und Nachrichten auf ihr Verhalten?

Wir haben am Samstagvormittag auf dem Parkplatz vor dem Harpstedter Inkoop-Markt nachgefragt. Repräsentativ ist das eingeholte Meinungsbild schon wegen der geringen Anzahl der Befragten natürlich nicht. Hinzu kommt: Die Generation U30, der oft vorgeworfen wird, sie verschärfe die Pandemielage durch Partys ohne Rücksicht auf das Infektionsgeschehen, war gar nicht anzutreffen. Auf dem Parkplatz herrschte an dem Vormittag gleichwohl ganz schön Betrieb.

Doch dieser Umstand ließ keineswegs die Schlussfolgerung zu, die Harpstedter nähmen es mit den AHA-Regeln nicht so genau. Klaus Hemmerling wollte, nachdem er seine Einkäufe verstaute hatte, gerade die Heckklappe seines Autos schließen. „Die ganze Corona-Sache hat mich hart getroffen. Wir müssen vernünftig bleiben“, meinte



Die Frage nach der Veränderung ihres Lebensstils in der Pandemie stellte unsere Zeitung Andreas Reuter, Boris Rubio, Dieter und Ilona Gründer (oben, v.l.) sowie Klaus Hemmerling, Maria Pavlova und Heidrun Eifers (unten, v.l.). FOTOS: HRI

der Rentner aus Dünsen. Während er antwortete, behielt er seinen Mund-Nasen-Schutz aus Stoff im Gesicht. „Ich schränke meine Besuche bei Freunden und Familienmitgliedern stark ein. Wir haben einen wunderschönen Garten, in dem wir uns jetzt mehr aufhalten“, verrät der 77-Jährige. Ihm schien es ein

Bedürfnis zu sein, über seine persönlichen Eindrücke zu reden. Als unsere Zeitung ihn für die Umfrage fotografieren wollte, erkundigte er sich so gar, ob es in Ordnung gehe, die Maske für das Bild abzunehmen.

Andreas Reuter bestand indes dagegen darauf, sich mit Mund-Nasen-Schutz ablich-

ten zu lassen. „Ich bin für das Tragen der Maske. Warum soll ich sie jetzt abnehmen?“, so der 57-Jährige. Derzeit pendelt er privat ständig zwischen Dünsen und Wildeshausen. „Ich selber verzichte auf Feiern und unnötige Kontakte. Aber ich verstehe auch die jüngeren Leute, die gerne mal Party machen wollen, zu-

mal ein Ende noch lange nicht in Sicht ist“, meinte er. „Ich muss manchmal auf meine Tochter einwirken“, gab Heidrun Eifers auf Klein Köhren zu. Die 17-Jährige freute sich, dass sie nun, nach den Herbstferien, wieder zur Schule gehen könne. „Eigentlich besteht das Leben derzeit nur aus Einkaufen und Arbei-

ten“, bedauert ihre Mutter (55). Extreme Vorsicht lässt nach eigenem Bekunden Boris Rubio aus Harpstedt walten. „Ich habe ein Kind zu Hause, das erst fünf Monate alt ist. Da muss ich sehr aufpassen, dass ich mich nicht anstecke“, sagte der junge Familienvater. Seine Überzeugung: „Würden alle Masken tragen, wären wir schneller damit durch.“

Ilona Gründer wollte gemeinsam mit ihrem Mann Dieter noch einige Besorgungen erledigen, als unsere Zeitung sie ansprach. „Ich bin sonst Optimistin, aber Corona wird uns noch lange beschäftigen“, prophezeite sie. „Wir haben alle Feiern abgesagt und gehen auch nirgendwo mehr hin zum Feiern. Ich habe meiner Tochter gesagt, sie könne mal zum 70. Geburtstag wieder nachfragen“, berichtete die Rentnerin. Das wäre allerdings erst in drei Jahren. „Es ist alles so beängstigend“, stellte sie sich vor, wie schlimm es für einen schwer Erkrankten wäre, womöglich allein auf der Intensivstation sterben zu müssen.

Genau in dieser Angst sieht Maria Pavlova aus Harpstedt ein Problem. „Ich möchte keine Zahlen zu Neuinfektionen haben. Mich interessieren die Statistiken zu den Krankenhausbelegungen und Auslastungen der Intensivstationen“, differenzierte die 40-Jährige. „Ich denke, dass Masken und Hygieneregeln nützlich sind, aber die Menschen sollten nicht verängstigt werden“, ergänzte die Wissenschaftlerin, die als Psychologin an der Universität Vechta arbeitet.

## IM BLICKPUNKT

### F-Plan-Änderung ist genehmigt

Harpstedt – Die im Zusammenhang mit den Umzugs- und Erweiterungsabsichten der Harpstedter Einkaufsmärkte Aldi und Inkoop beschlossene 22. Änderung des Flächennutzungsplanes habe der Landkreis Oldenburg am 8. Oktober genehmigt. Das berichtete Ingo Fichter, der allgemeine Vertreter des Samtgemeindebürgermeisters, am Montagabend im Fachausschuss für Bau, Umwelt und Planung. „Sehr erfreulich“, fügte er einen persönlichen Kommentar bei. Denn nun bestehe für den Flecken Harpstedt die Möglichkeit, den im Parallelverfahren aufgestellten Bebauungsplan als Satzung zu beschließen. Sowohl auf der grob- als auch auf der feineren Ebene, also sowohl im nunmehr geänderten F-Plan als auch im B-Plan-Entwurf, ist ein Areal an der Wildeshäuser Straße als Sondergebiet für den großflächigen nahversorgungsrelevanten Einzelhandel dargestellt. Dorthin wollen Inkoop und Aldi ihre Standorte verlagern. Für Maria Pavlova aus Harpstedt ein Problem. „Ich möchte keine Zahlen zu Neuinfektionen haben. Mich interessieren die Statistiken zu den Krankenhausbelegungen und Auslastungen der Intensivstationen“, differenzierte die 40-Jährige. „Ich denke, dass Masken und Hygieneregeln nützlich sind, aber die Menschen sollten nicht verängstigt werden“, ergänzte die Wissenschaftlerin, die als Psychologin an der Universität Vechta arbeitet.

### Auftragsvergabe für Fachräume

Harpstedt – Die Erneuerung der naturwissenschaftlichen Fachräume an der Oberschule Harpstedt schreitet voran. Wie aus einer Mitteilung des allgemeinen Vertreters des Samtgemeindebürgermeisters, Ingo Fichter, hervorgeht, hat der nichtöffentliche Samtgemeindeausschuss am 1. Oktober den Auftrag für die Bodenbelagsarbeiten an die Firma „Terra Bauindustrie“ in Oldenburg vergeben.

### DRK sagt weitere Fahrt ab

Harpstedt – Als letzte Fahrt des Jahres hatte der DRK-Ortsverein Harpstedt eine Shoppingtour zum Bremer Wespark geplant. Die müsse nun leider auch wegen des Infektionsgeschehens ausfallen, bedauert Organisatorin Erika Hormann. Fahrttermine für 2021 müssten „nach Coronalage“ ausgearbeitet werden und würden rechtzeitig bekannt gemacht. „Unsere mehrtägige Fahrt, die vom 16. bis 21. August nach Bornholm führen sollte, ist ins kommende Jahr verschoben worden und nun für August 2021 angemeldet. Hoffentlich gelingt uns diese Reise, auf die sich die Mitglieder schon freuen“, so Erika Hormann. Im Rückblick auf 2020 blieben immerhin die Erinnerungen an das Kohlessen im Februar und die „Modenschau“ von Anfang März.

### Kontakt

Redaktion Harpstedt (0 44 31)  
Jürgen Bohlsen 9 89 11 42  
Telefax 9 89 11 49  
redaktion.wildeshausen@kreiszeitung.de

Bahnhofstraße 13,  
27793 Wildeshausen

## Wie gut oder schlecht das Fachbüro gearbeitet hat, bleibt unklar

Utec nutzt Gelegenheit zur Stellungnahme nicht / Stefan Pleus (CDU) verweist auf Ungereimtheiten in Expertise

Colnrade – Stefan Pleus (CDU) brachte am Montagabend im Ausschuss für Bau, Umwelt und Planung der Samtgemeinde Harpstedt Ungereimtheiten im Gutachten der Utec GmbH zu verschiedenen energetischen Optionen für den geplanten Feuerwehrhausneubau in Colnrade zur Sprache. Ihm war es einfach spanisch vorgekommen, dass dieses Gebäude einen genauso hohen Wärmebedarf pro Quadratmeter haben soll wie die Harpstedter Kita „Zwergnase“. Er wunderte sich ebenso über die fehlende Differenzierung zwischen Sozialtrakt und Fahrzeughalle in den Utec-Berechnungen.

Pleus fragte sich zudem, ob die Erdwärmepumpe, die das Fachbüro in seiner empfohlenen „Variante 3“ vorsieht, nicht vielleicht überdimensioniert sei. Obendrein zweifelte er generell die Sinnhaftigkeit dieser Technik für ein Feuerwehrhaus an, das nur gelegentlich genutzt wird, dann aber möglichst schnell aufgeheizt sein soll. Ein mit Gas betriebener Brennkessel bekäme das hin. Aber eine Wärmepumpe? Die liefere

dann wohl die ganze kalte Jahreszeit über, ahnte der CDU-Ratsherr. Statt in eine solche Anlage zu investieren, würde es aus seiner Sicht eher Sinn machen, für besonders gut isolierte Fahrzeughallen etwas mehr Geld auszugeben, denn: Die ökologischste Kilowattstunde sei stets die, die gar nicht erst verbraucht werde.

Die Ungereimtheiten waren Pleus offenbar nach der Umwelt-, Bau- und Planungsausschusssitzung vom 24. September aufgefallen. Kurz vor der Beschlussfassung durch den nichtöffentlichen Samtgemeindeausschuss (SGA), aber erst nach interner Beratungen in ihrer Fraktion will die CDU Kenntnis davon gehabt haben. Das würde zumindest erklären, warum sich die einstimmig bei Enthaltung des Vorsitzenden Günter Wöbse (CDU) gefasste Fachausschussempfehlung vom 24. September zugunsten der „Variante 3“ mit Erdwärmepumpe und 10-kWp-Fotovoltaikanlage eine Woche später in etwas völlig anders verkehrte. Beschlüsse waren in nichtöffentlicher SGA-Sitzung nun plötz-

lich ein Brennkessel (Gasheizung) und eine 20-kWp-Fotovoltaikanlage.

Dabei bleibt es erst einmal auch. Ein Antrag von Götz Rohde (Grüne), der darauf zielte, den SGA-Beschluss in Teilen aufzuheben, um doch noch die Erdwärmepumpe unter Beibehaltung der 20-kWp-Fotovoltaikanlage zu erwirken, scheiterte am Montag im Fachausschuss an einem Stimmenpatt; die Grünen bestehen aber auch auf eine Beratung in SGA und Rat.

Sie hatten den Sinneswandel scharf kritisiert, weil ihnen das Kippen der vorherigen Fachausschussempfehlung völlig unplausibel erschien. Über den „zweiten Teil“ des umstrittenen SGA-Beschlusses, den ökologischen Nutzen der nun größer ausgelegten Fotovoltaikanlage, verloren sie hingegen nur wenige Worte. Eine Verdoppelung der Leistung von zehn auf 20 kWp erspare der Umwelt aber ebenfalls klimaschädliches CO<sub>2</sub>, gab jetzt Stefan Pleus zu bedenken. Er rechnete vor, dass die Lösung, für die sich der SGA entschieden hatte, nicht nen-

nenswert mehr Emissionen verursachen würde als die „Variante 3“. Zweifel an den Argumenten und Zahlen blieben ob schwieriger Nachvollziehbarkeit in den Reihen der Grünen und der SPD. Sogar von „Fake-News“ war in einem Anflug von Polemik die Rede. Überhaupt ging es streckenweise in der Diskussion mit einigen unnötigen Anfeindungen hoch her.

Klaus Budzin (SPD) entlockte Pleus' Argumente und Berechnungen gleichwohl ein „Bravo!“ – in Anerkennung des Umstandes, dass sich der CDU-Ratsherr eingehend mit dem Thema befasst hatte. Der SGA hätte allerdings nach Ansicht von Heinz-Jürgen Greszik (SPD) gleichwohl gut daran getan, nicht selbst abschließend zu entscheiden, sondern das Thema in den Fachausschuss zurückzuveweisen.

Pleus erläuterte auch, wiederum mit Zahlen unterfüttert, wie unbedeutend die durch eine Wärmepumpe für das Colnrader Feuerwehrhaus erzielbare Reduzierung des Kohlendioxidstoßes wäre. Zumindest im Vergleich mit der Menge CO<sub>2</sub>, die

das von Biogasanlagenbetreiber Frieder Eiskamp realisierte Fernwärmenetz zur Beheizung des Freibades, der Schulen und Sporthallen etc. der Umwelt erspart (dafür habe sich seinerzeit die CDU stark gemacht). Was auffiel: Die Ausführungen boten wenig Angriffsfläche für entkräftende Gegenargumente.

Das lag sicher auch an der unerwarteten Abwesenheit von Vertretern der Utec GmbH, die, wie es hieß, eingeladen worden seien. Warum sie nicht erschienen, blieb unklar. Dadurch entging den Fachleuten jedenfalls eine Gelegenheit, ihr eigenes Gutachten öffentlich zu verteidigen. Unbeantwortet im Raum stuhnte nun die Frage, wie gut oder schlecht das Fachbüro gearbeitet hat und ob die Expertise das Honorar wert ist.

Die Grünen haben mit dem Rohde-Antrag ein erklärtes Ziel erreicht: Für die abweichende Entscheidung des Samtgemeindeausschusses gibt es jetzt, wie schon erwähnt, eine Erklärung. Ob die den Wärmepumpen-Befürwortern schmeckt, steht allerdings auf einem anderen

Blatt Papier. Klar wurde auch: Die von den Grünen befürwortete Erdwärmepumpe in Kombination mit einer 20-kW-Fotovoltaikanlage würde erhebliche investive Mehrkosten verursachen. Kämmerer Ingo Fichter ging von zusätzlich benötigten Haushaltsmitteln von rund 90 000 Euro aus. Auf der Einnahmenseite schlugen 26 000 Euro zu Buche, zumal eine Förderung der Wärmepumpentechnik durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) in Aussicht stünde.

Am Rande: Hartmut Post (CDU) rief am Dienstagmorgen bei unserer Zeitung an, um sich für eine Äußerung am Vortag zu entschuldigen, wonach er am 24. September im Ausschuss für Umwelt, Bau und Planung gegen die Wärmepumpe gestimmt haben wollte. Er habe das einfach falsch in Erinnerung gehabt, bedauerte er zutiefst. Das sofortige Nachlesen im Sitzungsprotokoll brachte es ans Licht: Tatsächlich hatte der Fachausschuss ohne Gegenstimmen die Utec-Variante 3 (mit Wärmepumpe) befürwortet. boh

## Politik will die Chance auf Geld für das Rosenfreibad wahren

Harpstedt – Die Samtgemeindeverwaltung soll eine Projektskizze einreichen: Der Ausschuss für Bau, Umwelt und Planung hat eine Teilnahme am Projektauftrag 2020 für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ am Montagabend mehrheitlich im Koems-Saal

gebilligt – gegen die Nein-Stimmen von Stefan Pleus und Willi Beneke (beide CDU) sowie bei Enthaltung von Klaus Stark (SPD) und Hartmut Post (CDU). Aus diesem „Topf“ erhofft sich die Kommune einen 45-prozentigen Zuschuss für Sanierungen und Modernisierungen im Rosenfreibad, vor allem für die Erneuerung des Schwimm-

beckens-Technikkellers. Mindestens 1,12 Millionen Euro müsste die Samtgemeinde investieren. Da der Technikkeller allein wohl nicht für eine Anerkennung als förderwürdiges Projekt reichen würde, sieht ein von der Verwaltung vorgeschlagenes Maßnahmenpaket auch eine Erneuerung des Sprungturms, eine elektroni-

sche Eingangskontrollanlage einschließlich eines separaten Ausgangstores, eine Remise zur Lagerung von Gerätschaften sowie eine Plattform für das Aufsichtspersonal vor. Der Kostenrahmen ist bislang nur ganz grob geschätzt – auf zwischen 1,5 und zwei Millionen Euro.

Die Zeit drängt: Die Projektskizze muss schon bis

zum 30. Oktober einreichungsfähig sein. Ein Ratsbeschluss, der die Teilnahme am Projektauftrag ausdrücklich befürwortet, könnte bis zum 13. November nachgereicht werden. Der Rat tagt noch in dieser Woche – am Donnerstag. Bauamtsleiter Jens Hüfner ließ durchblicken, dass ein positiver Beschluss eine klare Willensbe-

kundung wäre – und keineswegs etwas Unverbindliches. Die Peinlichkeit eines Rückziehers will die Verwaltung nicht noch mal erleben. Hüfner spielte auf den Groß-Ippen-Weg an. Den hatte die Politik zunächst mit in Aussicht stehenden Fördermitteln sanieren wollen – und dann, als die Förderzusage vorlag, doch nicht mehr. boh